

Innere Sicherheit

STÜTZPUNKT DER SPIONE

Teheran hat seine Bonner Botschaft zur Europa-Zentrale des iranischen Geheimdienstes ausgebaut – mit Wissen der Bundesregierung. Bonn blieb, trotz Warnungen von Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz, untätig. Die Regierung will die Wirtschaftsbeziehungen zu dem Mullah-Regime nicht gefährden.

Bernd Schmidbauer, gelernter Lehrer und derzeit im Kanzleramt für die Koordination der deutschen Geheimdienste zuständig, liebt den großen Auftritt.

Im Sommer letzten Jahres befreite er vor laufenden Kameras türkische Konsulatsangehörige in München aus der Hand kurdischer Geiselnahmer, im Kampf gegen den Atomschmuggel jettete er jüngst kurzentschlossen zum Moskauer Geheimdienstchef.

Auch im ostdeutschen CDU-Wahlkampf empfiehlt Schmidbauer sich und seinen Kanzler als Garanten für einen energischen Kurs gegen Terrorismus und Organisierte Kriminalität.

Gern und häufig demonstriert der CDU-Mann seine guten Beziehungen zu den Nachrichtendiensten in aller Welt.

Nur wenn er über die Agenten des iranischen Geheimdienstes Auskunft erteilen soll, gibt sich der Politiker ungewöhnlich spröde.

Selbst unter Eid bestritt der Staatsminister, ein Spezialdossier mit Hinweisen auf illegale Aktivitäten der Iraner erhalten zu haben. Er könne sich nicht erinnern, daß ihm ein entsprechendes Papier „auf den Tisch gekommen“ sei, erklärte Schmidbauer im Frühjahr vor dem Berliner Kammergericht, das den Mord an vier iranischen Oppositionellen im Berliner Lokal „Mykonos“ im September 1992 aufklären soll. Die Bundesanwaltschaft beschuldigt fünf Angeklagte, das Attentat im Auftrag Teherans verübt zu haben.

Statt Klartext lieferte Schmidbauer gewundene Erklärungen. Wenn ein sol-

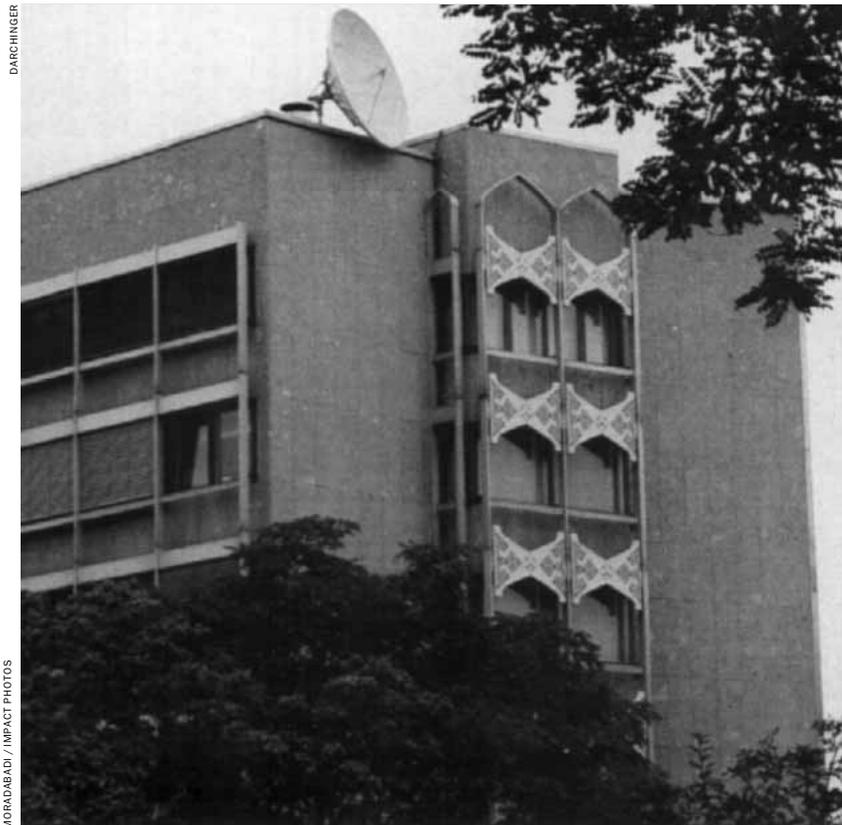
ches Papier existiere, hätte es bei ihm „durchlaufen müssen“. Er schließe also daraus, daß es den Bericht nicht gebe.

Der Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung lag voll daneben, und er mußte es wissen: Die „Arbeitsgruppe Iran“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) hat in einer internen Lageanalyse mit Datum vom 29. Juni 1993 die „Aktivitäten der iranischen Nachrichtendienste“ in Deutschland minutiös aufgeschrieben.

Die Verfassungsschützer schildern auf 13 Seiten detailliert, wie Teheran seine Botschaft zur Terrorzentrale ausgebaut hat. Aus der Vertretung heraus kontrollieren die Iraner die rund 100 000 in Deutschland lebenden Landsleute, drangsalieren mißliebige Oppositionelle und versuchen, hierzulande Technolo-



DARCHINGER



MORADABADI / IMPACT PHOTOS

Geheimdienstchef Fallahian, iranische Botschaft in Bonn: In terroristische Aktivitäten verwickelt?

gie für die Produktion von atomaren, chemischen und biologischen Waffen im Heimatstaat zu beschaffen.

Die diplomatische Vertretung des Iran in der Godesberger Allee 133-137 gilt den Verfassungsschützern als „Zentrale des iranischen Nachrichtendienstes in Europa“. Von dem sechsgeschossigen Gebäude im Regierungsviertel aus, so ihre Erkenntnis, erfolge „die Führung aller wichtigen Agenten im westeuropäischen Ausland“.

Die bislang geheimgehaltene Lageanalyse bringt die Regierung Kohl in Erklärungsnot. Minister Schmidbauer, der im Auftrag des Kanzlers engen Kontakt zu den Spitzen des BfV hält, hat die Öffentlichkeit und das Berliner Kammergericht möglicherweise vorsätzlich getäuscht.

Inzwischen räumt der Politiker, vom SPIEGEL mit dem BfV-Text konfrontiert, vage Kenntnis ein: „Der Inhalt solcher Berichte ist mir mittlerweile geläufig.“ Die meisten Behauptungen der Autoren seien allerdings „völlig unbewiesen, das ist pure Spekulation“. Er

könne „nicht eine belegbare Aussage finden“.

Zu seiner möglichen Falschaussage vor Gericht befragt, erklärt Schmidbauer, er habe aufgrund des damaligen Wissensstandes geantwortet. „Ich lese ja nicht die Prosa, sondern nur konkrete Vorlagen.“ Doch an dieser Darstellung sind Zweifel erlaubt. Verfassungsschützer bekunden, daß Schmidbauer das Papier nach Erstellung zumindest zugeleitet worden sei.

Unangenehm ist die Angelegenheit auch für Helmut Kohl. Seit Jahren schon sieht die Bundesregierung offensichtlich untätig zu, wie das totalitäre Regime in Teheran seine Bonner Vertretung zielgerichtet als Spionage-Stützpunkt nutzt und das deutsche Gastrecht in einer selbst für Geheimdienstprofis beispiellosen Weise mißbraucht.

Die deutschen Verfassungsschützer sind über die illegale Nebenbeschäftigung von Botschaftsangehörigen genau im Bilde. Gleich drei iranische Nachrichtendienste haben nach ihren Erkenntnissen unter dem Dach der Mission Quartier bezogen. Allein 20 Mitarbeiter stehen nach BfV-Recherchen im Sold des im Iran gefürchteten „Ministeriums für Information und Sicher-

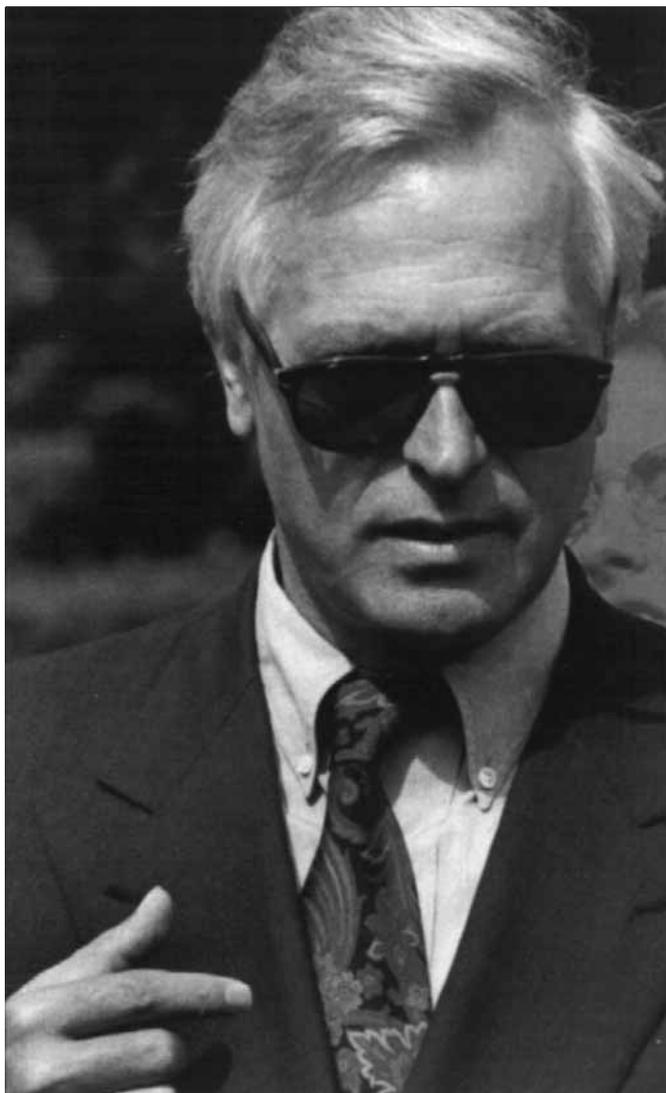
heit“ (MOIS). „Von den übrigen ca. 70 Mitarbeitern der Botschaft“, heißt es in dem Papier der Kölner Behörde, „arbeiten einige anlaßbezogen, andere regelmäßig als Kooptierte mit der Residetur zusammen.“

Die Einsatzzentrale haben die Verfassungsschützer in der speziell gesicherten dritten Etage der Botschaft geortet, sechs Büros und ein Funkraum sind dort für die Agenten reserviert (siehe Kasten Seite 20).

„Arbeitsschwerpunkt der Residetur“ ist nach Einschätzung des deutschen Sicherheitsdienstes die „Beobachtung und Ausforschung der iranischen Opposition“. Die Observationsliste des MOIS umfasse 22 regimekritische Organisationen im Bundesgebiet. Gezielt werbe die Botschaft Informanten unter den in Deutschland lebenden Iranern an, die regelmäßig bei den Konsulaten vorsprechen müssen, um ihre Pässe verlängern oder erneuern zu lassen. Gelegentlich werde auch mit „Druck auf im Iran lebende Verwandte“ gedroht.

Neben der politischen Arbeit besorgen die Spione Teherans die Pflege von Wirtschaftskontakten, allerdings außerhalb der Legalität. So suchten sie, heißt es in der Expertise des Verfassungsschutzes, mit „solchen Händlern und Firmen“ ins Geschäft zu kommen, die „die notwendigen Produkte für die ABC-Waffensysteme verkaufen oder vermitteln“. Um das bestehende Ausfuhrverbot zu umgehen, bediene sich

* Am 17. September 1992 im Lokal „Mykonos“.



MROTZKOWSKI

G. STOPPEL



Staatsminister Schmidbauer, Kurden-Massaker in Berlin*: „Das ist pure Spekulation“

„Konkrete Spuren“

Auszüge aus dem Verfassungsschutzreport vom Juni 1993

Der iranische Nachrichtendienst MOIS unterhält seit Ende 1986/Anfang 1987 eine Residentur an der Iranischen Botschaft. Sie wurde von dem bekannten ND-Mitarbeiter** Seyed Ali Karim Sobhani, der der Sepah Pasdaran (Revolutionsgarde) entstammt, aufgebaut und geführt.

Zur Überwachung der iranischen Opposition hat das MOIS in den vergangenen Jahren ein umfangreiches Informanten- und Agentennetz aufgebaut. Darüber hinaus bedient sich das MOIS auch im Iran angeworbener Agenten, die anschließend als Asylanten in hiesige Oppositionskreise eingeschleust werden.

Neben der Quellenführung nutzt die Residentur auch das Mittel der Videoobservation, um Demonstrationen und Veranstaltungen von Oppositionsgruppen zu überwachen. Die zur Vorbereitung eines Anschlages notwendige Ausspähung der Lebensgewohnheiten einer Zielperson (in der Regel Führungsfunktionäre) wird in der Endphase von einreisenden Operativ-Trupps durchgeführt, ehe dann das sogenannte Hit-Team*** tätig wird.

Aus außenpolitischen Gründen (Einflußsphäre) und wegen ihrer zahlenmäßigen Bedeutung stehen die in der Bundesrepublik und im benachbarten Ausland lebenden Türken im Vordergrund der nachrichtendienstlichen Beeinflussungsversuche und damit zusammenhängender Unterstützungsmaßnahmen.

Als Beispiele für die erfolgreiche Arbeit der Residentur können der Aufbau und Betrieb des türkischsprachigen Rundfunk- und Fernsehsenders T.O.S. in Amsterdam und die Steuerung der türkischen „Islamischen Bewegung“ (Sitz Köln) angesehen werden.

* Bei einer Demonstration vor der Teheraner Botschaft in Bonn.

** Nachrichtendienst-Mitarbeiter.

*** Gemeint ist ein Terrorkommando.

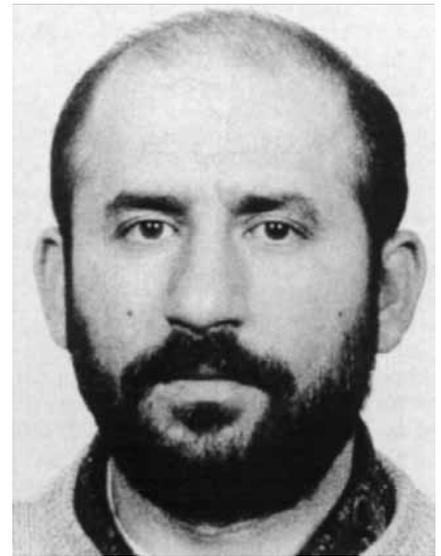
**** Das Attentat im Berliner Lokal „Mykonos“ zielte auf die Demokratische Partei Kurdistans-Iran, eine Organisation oppositioneller Iraner, die für ein autonomes Kurdistan kämpft.

Erkenntnisse ... wiesen in der Vergangenheit mehrfach darauf hin, daß die Bonner Residentur auch in terroristische Aktivitäten verwickelt sei. Dies konnte bis September 1992 nicht bestätigt werden.

Gleichwohl gab es im Zusammenhang mit dem Fall Rushdie (im Januar 1990), mit dem Ausspähungsfall des Volksmodjahedin-Angehörigen Kemal Rezai (im Mai 1990) und im Mordfall Bakhtiar (im August 1991) jeweils Einzelhinweise, die auf eine mögliche Verstrickung hindeuteten.

Nach dem Anschlag auf die Führungsspitze der DPK-I am 17. September 1992**** und der Verhaftung des unter ND-Verdacht stehenden Kazem Darabi am 8. Oktober 1992 als Tatverdächtiger ergaben sich erstmals konkrete Spuren, die die vermutete Verwicklung der Residentur in terroristische Aktivitäten bestätigten.

Derzeit befindet sich die Residentur in einer Phase der personellen Erneuerung. Der bislang für die Beobachtung der iranischen Oppo-



„Mykonos“-Angeklagter Darabi
„Codename Bozorg Allawi“

die Botschaft diverser iranischer Tarnfirmen.

Daß die Iraner systematisch heimlichen Rüstungsimport betreiben, bestätigt auch der Bundesnachrichtendienst (BND). „Allein im deutschsprachigen Raum“, schätzen BND und BfV in einem weiteren für das Kanzleramt erstellten Report, „sollen 600 im iranischen Einfluß stehende Firmen existieren, die für sensitive Beschaffungen genutzt werden.“

Die Warnungen der deutschen Geheimdienste mißachtet die Bonner Regierung offenbar aus ökonomischen Mo-



Iranische Oppositionelle*
„Arbeitsschwerpunkt der Residentur“

sition zuständige ND-Mitarbeiter Morteza Gholami, der wahrscheinlich federführend in den Kurdenmord in Berlin verwickelt war, kehrte vorzeitig in den Iran zurück.

tiven: Jede Kritik an der seltsamen Amtsauffassung der iranischen Diplomaten oder gar eine Intervention gegen die Spionagetätigkeit der Vertreter Teherans könnte die guten Wirtschaftsbeziehungen beeinträchtigen. Die Bundesrepublik ist der zweitwichtigste Handelspartner des Iran. Allein 1992, im Jahr des „Mykonos“-Anschlags, konnte

die deutsche Industrie Waren im Wert von fast acht Milliarden Mark bei den Mullahs absetzen.

Statt Konflikt sucht Bonn Kooperation. Die Iraner bezogen vom BND schon Computer und Fotogerät für nachrichtendienstliche Zwecke. Eine Gruppe von Geheimdienstlern wurde gar an der BND-Fachschule in München trainiert, unter anderem in der Kunst, Menschen zu beschatten und auszuspähen.

Auch Schmidbauer hält engen Kontakt. Mehrfach hat er den iranischen Geheimdienstchef Ali Fallahian zum Gedankenaustausch getroffen.

Wie wenig der Bundesregierung an der Aufklärung der iranischen Agentenarbeit gelegen ist, zeigt auch der Verlauf des Berliner „Mykonos“-Prozesses. Laut Anklage des Generalbundesanwalts hatte der Hauptverdächtige Kazem Darabi den „nachrichtendienstlichen Auftrag“, die iranischen Exil-Politiker in Berlin „zu liquidieren“. Mehrere Berichte befreundeter Dienste, ergänzte das BFV in seiner Analyse vom 29. Juni 1993, ließen den Schluß zu, „daß der Kurdenmord unter Federführung der Residentur vorbereitet und unter dem Codenamen Bozorg Allawi durchgeführt worden ist“.

Doch über die brisanten Schlußfolgerungen der Kölner Behörde konnte das Berliner Kammergericht bislang nicht einmal Beweis erheben. Nur über einen Antrag des Berliner Rechtsanwalts Axel Jeschke, der gemeinsam mit dem Anwaltskollegen Otto Schily den Bruder eines der Ermordeten als Nebenkläger vertritt, erfuhren Richter wie Bundesanwälte überhaupt von der Existenz des BFV-Papiers. Dieses sei, vermuten sie, für den Ausgang des Verfahrens von „erheblicher Bedeutung“.

Doch alle Versuche, nach nunmehr über 80 Verhandlungstagen endlich die Tathintergründe zu erhellen, scheitern am Widerstand der Bonner Administration, Aussagegenehmigung zu erteilen. Erst nach einigem Drängen konnte das Gericht den für die Iran-Abteilung zuständigen Regierungsdirektor Klaus Grünwald für Freitag dieser Woche laden.

Die Aussage des Experten wird voraussichtlich wenig weiterhelfen. Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) hat dem Verfassungsschützer verboten, Angaben zu dem Bericht zu machen, den Grünwald mitverfaßt hat. Eine „unbeschränkte Auskunft“, so die Begründung, „würde dem Wohl des Bundes Nachteile bereiten“.

Das ist womöglich längst geschehen. Die ungehinderte Tätigkeit der iranischen Agenten, so das Fazit der Verfassungsschutzanalyse vom Sommer 1993, stelle „aufgrund der Verfolgung der hier lebenden iranischen Opposition eine Bedrohung für die innere Sicherheit“ der Bundesrepublik dar. □

Tapfere Querulanten

Drei Ministerialräte aus dem Hause Kohl zogen vor Gericht, weil sie sich bei Beförderungen übergangen fühlten. Sie bekamen recht – und das Kanzleramt muß die Postenschacherei aussetzen.

Kurz vor der Bundestagswahl beginnt auch in den Bonner Ministerien der Countdown: Es könnte ja einen Wechsel geben – da werden schnell noch Günstlinge mit Beförderung belohnt oder Störenfriede durch Versetzung bestraft.

Doch ausgerechnet im Kanzleramt will das übliche Revirement diesmal nicht recht klappen. Das verhindern ein paar tapfere Querulanten unter den Staatsdienern und der Personalrat, der das Beamtenschieben in einer wütenden Stellungnahme als „verfassungswidrig“ geißelte.

Drei Ministerialräte klagten vor dem Kölner Verwaltungsgericht gegen die Beförderungspraxis in der Regierungszentrale. Sie bekamen allesamt recht. Und schon war es vorbei mit der Ämterpatronage im Hause Kohl, in dem etwa 500 Leute beschäftigt

sind, davon rund 50 als Ministerialräte.

Ministerialrat Helmut Radau ist parteilos und kümmert sich um die Koordination der Nachrichtendienste; er untersteht Bernd Schmidbauer, dem publicitysüchtigen Staatsminister.

Radau hatte begründete Hoffnung auf Beförderung – aber ihm sollte ein Schmidbauer-Spezi vorgezogen werden, der sich im Umweltschutz auskennt. Denn der Staatsminister will in der nächsten Regierung Kohl Umweltminister Klaus Töpfer beerben und umgibt sich jetzt schon mit Fachleuten.

Radau klagte, das Kölner Verwaltungsgericht entschied im Februar zu seinen Gunsten. Seither verwaltet der Schmidbauer-Favorit August Hanning den Gruppenleiterjob kommissarisch.

Ähnlichen Erfolg hatte Erhard Schulte im April dieses Jahres mit einer

„Konkurrentenklage“ gegen seinen Arbeitgeber vor dem Verwaltungsgericht Köln. Schulte ist Ministerialrat und wollte zum Gruppenleiter für „Umwelt-, Verkehrs-, Post- und Bildungspolitik“

aufsteigen. Schultes Wunschjob verwaltet nun Birgit Born. Sie hat eine Mentorin: Hannelore Kohl. Die Kanzlergattin lernte die Beamtin als Ratgeberin in ihrer Hilfsorganisation für Hirngeschädigte schätzen.

Anfang September wuchs sich der Hauskrach, aus Sicht der Amtsleitung, zur mittleren Katastrophe aus. Das Verwaltungsgericht faßte den Beschluß, daß vorläufig alle Beförderungen vom Ministerialrat (Besoldungsgruppe A 16, Endgrundgehalt 7887 Mark) zum Ministeri-



M. DÄRCHINGER

Beförderungskläger Hoffmann
Aktenfund im Panzerschrank